

Gegenanträge
zur 2. ordentlichen
Hauptversammlung

A M 1 9 . A P R I L 2 0 0 0

I M I N T E R N A T I O N A L E N C O N G R E S S C E N T R U M (I C C)

I N B E R L I N

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

zu unserer Hauptversammlung am 19. April 2000 in Berlin haben uns Aktionäre zu den Punkten 1 bis 5, 7 und 9 der Tagesordnung Gegenanträge eingereicht und dabei mitgeteilt, dass sie die anderen Aktionäre veranlassen wollen, für ihre Gegenanträge zu stimmen.

Evelyn Y. Davis, Watergate Office Building, 2600 Virginia Avenue, N.W., Suite 215, Washington, D.C. 20037

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Der Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns wird abgelehnt.“

Begründung:

Die diesjährige Hauptversammlung findet Mitte April statt, in einer Zeit, in der in verschiedenen Ländern, in denen DaimlerChrysler Aktionäre hat, die meisten Unternehmen ebenfalls ihre Hauptversammlungen abhalten. Vor dem Unternehmenszusammenschluss fanden die Hauptversammlungen von Daimler-Benz und Chrysler Ende Mai statt. Dieser Zeitraum war für die überwiegende Zahl der Kleinaktionäre wesentlich günstiger. Der deutliche Rückgang des Aktienkurses macht eine möglichst umfassende Teilnahme von Kleinaktionären, die nicht zur Gruppe der Belegschaftsaktionäre zählen, erstrebenswert. Ich schlage daher vor, die Hauptversammlung wieder Ende Mai abzuhalten. Dies hätte auch den Vorteil, dass die Dividende fünf bis sechs Wochen länger im Unternehmen bleiben würde.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.“

Begründung:

Der Vorstand hat es versäumt, eine qualifizierte Person aus den neuen Bundesländern zumindest im Rang eines Direktors in das Top-Management aufzunehmen, obwohl es dafür zahlreiche Möglichkeiten gegeben hätte. Die deutsche Wiedervereinigung hat vor nun schon fast 10 Jahren stattgefunden und in dieser Zeit hätte sich eigentlich jemand aus dem ehemaligen Osten für eine entsprechende Position qualifizieren müssen, zumal zahlreiche Mitarbeiter auf niedrigeren Positionen aus den neuen Bundesländern kommen. Es ist nicht einzusehen, warum sich kein Mitarbeiter aus Ostdeutschland im Top-Management befindet.“

Dr. Heino Drieling, Fuchsbau, App. 801, Ungerer Str. 19, 80802 München

Zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung:

„Es wird beantragt, den Jahresabschluss abzulehnen.“

Begründung:

Der Buchgewinn von über DM 2 Mrd. aus Teilverkauf der debitel-Beteiligung in 1999 beweist, dass die „Ertragsbewertung“ bei der Fusion vom 04.08.1998 falsch war, eine „Prüfung“ durch die BDO mit Bericht vom 05.08.1998 nicht stattgefunden haben kann. Gegenüber der Börsenkapitalisierung am Bewertungsstichtag wurde die Kapitaldifferenz um einen zweistelligen Milliardenbetrag zu Lasten der Daimler-Benz-Aktionäre verschlechtert. Eine Einsichtnahme in das Bewertungsgutachten lehnte der Vorstand ab. Eine Rückstellung für einen Barausgleich an Daimler-Aktionäre fehlt, der Dividendenvorschlag nützt nur den Großaktionären.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.“

Begründung:

Die Tatsache allein, dass im Geschäftsbericht 1999 kein Wort über mögliche Ansprüche auf Barausgleich geschädigter alter Daimler-Benz-Aktionäre steht und notwendige Rückstellungen im Jahresabschluss 1999 offensichtlich zu fehlen scheinen, zeigt auf, dass dieser Jahresabschluss fehlerhaft zu sein scheint und nur dazu dient, ein möglichst günstiges Ergebnis vorzugaukeln.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.“

Begründung:

Der Aufsichtsratsvorsitzende Kopper scheint bei der Daimler-Benz AG und jetzt bei der DaimlerChrysler AG überfordert zu sein, andere Aufsichtsratsmitglieder branchenfremd, weil sie sonst dem vorgelegten Jahresabschluss und Dividendenvorschlag niemals zugestimmt haben könnten.“

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Es wird beantragt, die KPMG als Jahresabschlussprüferin durch eine von der Deutsche Bank AG unabhängige Jahresabschlussprüferin zu ersetzen.

Begründung:

In den USA sind regelmäßige Ausschreibungen der Jahresabschlussprüfungen zur Kostensenkung und Qualitätserhöhung üblich. So etwas scheint es bei den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank AG Einfluss über Beteiligungen und Aufsichtsratsmandate hat, nicht zu geben. Die Fälle Holzmann und Flowtex zeigen, dass das so nicht bleiben kann.“

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Es wird beantragt, die Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelanleihen und/oder Optionsschuldverschreibungen und die Schaffung eines neuen bedingten Kapitals I und Satzungsänderung abzulehnen.

Begründung:

Die vom Vorstand und Aufsichtsrat im Geschäftsbericht gegebenen Ertragsprognosen sind so optimistisch, dass die vorgeschlagene Ermächtigung nur dazu führen kann, leichtsinnige Investitionen zu Lasten der Gesellschaft bzw. ihrer Kleinaktionäre zu tätigen. Im übrigen widerspricht dieser Antrag dem Punkt 9 der Tagesordnung.“

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Es wird beantragt, die Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien abzulehnen.

Begründung:

Mit der Kapitalkraft der DaimlerChrysler AG können über den gezielten Rückkauf eigener Aktien deren Kurse beliebig manipuliert werden zum Vorteil der Großaktionäre bzw. der Inhaber von Aktien-Optionen. Um solchen Risiken vorzubeugen, sollte solchen Möglichkeiten von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden.“

Eva Grässlin, Umkircher Str. 37, 79112 Freiburg

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.

Begründung:

Mit seiner Konzentration aufs automobile „Kerngeschäft“ stößt der Vorstand selbst Geschäftsbereiche ab, die – wie das debis Systemhaus – eine durchaus attraktive Marktpolitik verfolgt haben. Die Fusionsbeteiligung der Dasa bei der EADS gefährdet durch die Auslandsverlagerung des Firmensitzes den uneingeschränkten Erhalt der Arbeitnehmerrechte. Zudem erhöht sie die Gefahr einer grenzenlosen und kaum kontrollierbaren Rüstungsexportpolitik. Im Falle des intendierten Verkaufs der MTU und insbesondere der Adtranz verspielt der Vorstand die Chance zu vernetzter und vergleichsweise ökologischerer Mobilität. Diese Vorstandsstrategie ist verfehlt und allenfalls mit einer überzogenen Gegenreaktion zur Ära Edzard Reuter erklärbar.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.

Begründung:

Die Verlegung der Aktionärsversammlung nach Berlin ist ein Affront gegen eine Vielzahl von Klein- und Belegschaftsaktionären. Viele von ihnen kommen aus Baden-Württemberg, dem Bundesland des Firmensitzes, und haben weder Geld noch – auf Grund beruflicher Tätigkeit – die Möglichkeit zu einer Reise mit Übernachtung in Berlin. Die Vorstandsstrategie, die Zahl der teilnehmenden Aktionäre bewusst zu begrenzen, ist ebenso aktionärsfeindlich, wie die Planungen der Kapitaleseite des Aufsichtsrats, Hauptversammlungen zukünftig sogar im Ausland abzuhalten. Selbst die vom Dachverband Kritischer AktionärInnen geforderte ON-LINE-Verbindung, die den Aktionären die Wahrnehmung des Frage- und Auskunftsrechts von Stuttgart aus ermöglichen sollte, ist unterblieben.“

Jürgen Grässlin, Umkircher Str. 37, 79112 Freiburg

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.“

Begründung:

Die exorbitanten Gehaltssteigerungen und Abfindungen führender DaimlerChrysler-Manager stehen in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit. Insbesondere die sehr hohen Abfindungen des Vorstandsmitglieds Stallkamp und des Chief Executive Officers Eaton sind keinesfalls zu rechtfertigen. Eatons Tätigkeit beschränkte sich weitgehend auf die Organisation der Chrysler-Übernahme sowie Repräsentationsaufgaben. Die desaströse Entwicklung des Aktienkurses und die verfehlte strategische Ausrichtung (Verkauf debis Systemhaus, EADS-Fusion, drohender Adtranz- und MTU-Verkauf etc.) stehen in eklatantem Widerspruch zur überproportionalen Gehälterexplosion. Die Vorstände haben jeglichen Bezug zur Realität (Entlohnung Beschäftigter, Arbeitslosenquote etc.) verloren.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.“

Begründung:

Mit dem neuen Aktienoptionsplan sollen Führungskräften Optionsrechte auf 96 Millionen Aktien im Wert von 12,3 Milliarden Mark angeboten werden. Allein 15 Prozent davon sind für Vorstände vorgesehen. Während mit Gewerkschaftsvertretern Beteiligungsmodelle für Beschäftigte im Rahmen einer 3000-Mark-Grenze diskutiert werden, plant der Vorstand eine Selbstbereicherung in Milliardenhöhe. Der Aktienoptionsplan garantiert den Bestverdienenden risikofrei zusätzliches Kapital. Sobald die Aktie ausreichend in die Gewinnzone zurückkehrt, kassieren Vorstände und Topmanagement auf Kosten der betrieblichen Allgemeinheit ab. Dieser Aktienoptionsplan belegt einmal mehr, wie schamlos sich DaimlerChrysler-Vorstände im Schlaraffenland des shareholder value bereichern – unterstützt von der Kapitalseite im Aufsichtsrat.“

Anton Köbinger, Allensteiner Weg 16, 24161 Altenholz

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Die Zahlung einer Dividende wird für ein Jahr ausgesetzt.“

Begründung:

Der Kursverfall der DaimlerChrysler-Aktien ist so erheblich, dass alle Aktienbesitzer in meinem Bekanntenkreis abwinken, wenn nur der Name DaimlerChrysler erwähnt wird. Diese Negativstimmung muss durchbrochen werden, weil

sie sonst vor allen Dingen bei noch längerem Anhalten das Image der DaimlerChrysler AG schwer schädigt. Im übrigen habe ich die Umsätze der DaimlerChrysler-Aktien über einen längeren Zeitraum beobachtet. Das Verhältnis Angebot - Nachfrage klafft nicht so weit auseinander, dass es nicht umkehrbar wäre.

Die Nutzung des für die Dividende vorgesehenen Betrages zur Pflege des Aktienkurses wäre eine gemeinsame Anstrengung aller Aktionäre und würde sicherlich eine Stimmungsänderung an der Börse hervorrufen.“

Maria Postel, Roßbergstr. 11, 73734 Esslingen-Zollberg

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.“

Begründung:

Die DaimlerChrysler AG vernachlässigt Entwicklungen von umweltfreundlichen Pkw, die einen deutlich reduzierten Flottenverbrauch zur Folge haben. Bei der Entwicklung eines Drei-Liter-Autos war die Konkurrenz schneller, Machbarkeitsstudien für ein Zwei-Liter-Auto liegen in der Schublade. Anstatt die technologische Kompetenz bei Mobilitätskonzepten von Pkw- und Bahnsystemen zu nutzen, soll nun Adtranz verkauft und DaimlerChrysler zum reinen Autokonzern reduziert werden. Damit macht sich der Konzern äußerst anfällig für Strukturkrisen im Automobilgeschäft und geht unkalkulierbare ökonomische Risiken ein. Zudem vergibt er die Chance sich vor der Konkurrenz zu einem renditesichernden, zukunftsfähigen umweltverträglichen Mobilitätskonzern zu entwickeln.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.“

Begründung:

Die DASA plant die Erweiterung des Werkes in Finkenwerder. Das Planfeststellungsverfahren sieht eine Verlängerung der Start- und Landebahn auf bis zu 3.500 Meter vor sowie eine Teilzuschüttung der ökologisch wertvollen Ellbucht Mühlenberger Loch, die als „Feuchtgebiet von internationalem Rang“ nach der Ramsar-Konvention der Vereinten Nationen anerkannt ist. Die Planungen haben einen massiven ökologischen Eingriff in der gesamten Region zur Folge und bedrohen etwa 1.000 bäuerliche Betriebe in ihrer Existenz. Daran hängen 4.160 direkte sowie etwa 6.000 indirekte Arbeitsplätze. Die Vertreter der Kapitalseite im Aufsichtsrat verletzen in dieser Angelegenheit die Aufsichtspflicht massiv und können daher nicht entlastet werden.“

Holger Rothbauer, Lusstr. 7, 72074 Tübingen

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.

Begründung:

Jürgen Schrempp und Manfred Gentz haben es jeweils öffentlich abgelehnt, eine angemessene individuelle Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter von Daimler-Benz, MBB und Dornier zu leisten. In den ARD Tagesthemen äußerte sich Manfred Gentz warnend zum Zwangsarbeiterentschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft so, dass jüdische Organisationen das Maß nicht überziehen sollten, wenn sie einen zweistelligen Milliardenbetrag fordern.

Angesichts des massiven Profits allein von Daimler durch die Ausbeutung von jüdischen und anderen Zwangsarbeitern während des Dritten Reiches sind solche Mahnungen an die Opferseite unseres Unternehmens unwürdig und verantwortungslos.“

Paul Russmann, Forststr. 160 c, 70193 Stuttgart

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.

Begründung:

Den Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, Tel: 0711-608396, werden immer mehr Stimmrechte übertragen, weil der Daimler-Vorstand 1999 die Forderung nach einem Angebotsstopp für die Panzermine MIFF und die Splitter-Flächenspermine MUSPA ignorierte (www.bdli.de/katalog/tdw.htm).

Der Initiativkreis für das Verbot von Landminen (Brot für die Welt, Misereor...) klassifizierte 1999 die „Submunitionsminen MUSPA eindeutig als Anti-Personen-Minen, weil sie Merkmale einer solchen Waffe erfüllen“ (www.landmine.de). Auch das US-Verteidigungsministerium stimmt dem zu (www.demining.brtrc.com). Der DaimlerChrysler Vorstand unterstützt damit eine inhumane Politik.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.

Begründung:

Daimler-Manager kritisieren die „Menschenrechtsklausel“ in den neuen Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung: Sie gefährde „die europäische Kooperationsfähigkeit der deutschen Wehrindustrie“. Damit stellt das Management Profitdenken über Menschenrechte.

Rüstungsexporte schrecken zudem Autokäufer ab, sich für einen Mercedes zu entscheiden und schmälern somit den Unternehmensgewinn.

Darüber hinaus sponsorte unser Unternehmen mit 300.000 Dollar den 50. Geburtstag der NATO – ein Militärbündnis, das mit dem grundsätzlich völkerrechtswidrigen Ersteinsatz und Erstschatz von Atomwaffen droht.

Durch das Gewährenlassen des Managements ignorieren vor allem die Aufsichtsräte der Kapitalseite Vorschläge der Kritischen Aktionäre, dem Völkerrecht, durch finanzielle Unterstützung von Friedensorganisationen (UNO, OSZE) mehr Geltung zu verschaffen.“

Walter Schwenninger, Münzgasse 15, 72070 Tübingen

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Der Vorstand wird nicht entlastet.

Begründung:

Seit Jahren beklagen Menschenrechtsorganisationen das Engagement unserer Firma bei Unrechtsregimen. So soll während der Diktatur in Argentinien die Daimler-Werksleitung unter Juan Tasselkraut Namen und Adressen von 8 Daimler-Arbeitern an die Militärs weitergegeben haben, die dann verhaftet und getötet wurden. Der Vorstand hätte den Fragen der damaligen Menschenrechtsverletzungen ernsthaft nachgehen müssen und daraus Konsequenzen ziehen müssen.“

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.

Begründung:

Nicht nur der Einsatz von DaimlerChrysler-Rüstungsgütern in Krisenregionen, auch die Unsummen für ihre Käufe sorgen für Hunger und Elend im Süden und verursachen die Verschuldungsspirale.

Da auch DaimlerChrysler mit vielen Rüstungsgeschäften und Rüstungslizenzproduktionen in vielen von der internationalen Finanzkrise geschüttelten Ländern engagiert ist, steht sie da in der Verantwortung.

Auch zivile Produktion, die militärisch genutzt werden kann, beeinflusst Auslandsschuldenberge. Die neoliberale Globalisierung hat die Armut in diesen Ländern enorm vergrößert. Im Erlassjahr 2000 sollte DaimlerChrysler über seine Rolle bei der Verschuldung der armen Länder nachdenken und daraus Konsequenzen ziehen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Mehrzahl der vorliegenden Gegenanträge beziehen sich auf Themengebiete, die in zurückliegenden Hauptversammlungen schon mehrfach und ausführlich diskutiert wurden. Die Antragsteller konnten dabei keine nennenswerte Anzahl von Aktionären für ihre Anträge gewinnen. Insbesondere zu den Themen Umwelt und Verteidigungstechnik, die immer wieder Gegenstand inhaltlich ähnlicher Gegenanträge waren, hat der Vorstand seine Position bereits mehrfach und unmissverständlich erläutert.

Durch die Konzentration auf das Fahrzeuggeschäft und die damit verbundenen Dienstleistungen sowie die aktive Gestaltung unseres Konzern-Portfolios, schaffen wir die Voraussetzungen, um unsere Position im Automobilgeschäft weiter auszubauen. Insbesondere in der Wertschöpfungskette von Produkten und Dienstleistungen rund ums Automobil bieten sich beachtliche Potenziale für profitables Wachstum, die wir konsequent ausschöpfen wollen.

Die Ausgabe von Aktienoptionen ist inzwischen ein wesentlicher Faktor im weltweiten Wettbewerb um Führungskräfte. Das vorgeschlagene Aktienoptionsprogramm ist auch im Volumen erforderlich, damit DaimlerChrysler weiterhin für hochqualifizierte Führungskräfte attraktiv bleibt und liegt deshalb im Interesse unserer Aktionäre.

Was die Vorwürfe gegen einen Mitarbeiter von DaimlerChrysler in Argentinien anbelangt, haben wir immer betont, dass wir die Aufklärung dieser Tatbestände nach Kräften unterstützen werden.

Die DaimlerChrysler AG zählt zu den Gründungsmitgliedern der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. DaimlerChrysler hat sich seit Beginn der Verhandlungen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter und für eine angemessene humanitäre Hilfe für Einzelpersonen ausgesprochen. Dr. Gentz tritt hierfür, besonders in seiner Funktion als Sprecher der Stiftungsinitiative, engagiert und mit großem persönlichen Einsatz ein. DaimlerChrysler hat im übrigen seit über einem Jahrzehnt aus humanitären Gründen auf vielen Gebieten finanzielle Hilfe für NS-Opfer geleistet und Projekte zur Völkerverständigung gefördert.

Bezüglich möglicher Ansprüche ehemaliger Daimler-Benz Aktionäre aus dem Spruchverfahren sind wir weiterhin der festen Überzeugung, dass das Umtauschverhältnis beim Unternehmenszusammenschluss zwischen der Daimler-Benz AG und der Chrysler Corporation angemessen war. Auch nach Auffassung des Wirtschaftsprüfers bestand keine Veranlassung zur Bildung von Rückstellungen.

Mit unserem Vorschlag, eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von € 2,35 je Aktie zu zahlen, werden wir unter den im Dax 30 vertretenen Unternehmen die höchste Dividende ausschütten. Gleichzeitig liegen wir mit einer Ausschüttungssumme von € 2,36 Mrd. auch in der Spitzengruppe der internationalen Automobilunternehmen. Davon profitieren alle Aktionäre der DaimlerChrysler AG.

Die Verwaltung hält an ihren Beschlussvorschlägen zur Tagesordnung fest.

Stuttgart-Möhringen, März 2000

DaimlerChrysler AG

Der Vorstand

DaimlerChrysler
Stuttgart, Deutschland
Auburn Hills, USA
www.DaimlerChrysler.com